

Beschluss der 29. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 04.03.2006

Perspektiven für Jugendliche

Der von Wirtschaft und Politik geschaffene Ausbildungspakt hat nicht zu einer nennenswerten Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation geführt und ist in seiner Zielsetzung gescheitert.

Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung auf, sich intensiv für die Schaffung von qualifizierten Ausbildungs- und Bildungsmöglichkeiten für Jugendliche einzusetzen. Darunter verstehen wir qualifizierende Angebote der betrieblichen Ausbildung, die im Gegensatz zu staatlich geförderten Ergänzungsmaßnahmen wie BVJ und BGJ oder einjährige Praktika nachhaltig auf eine gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen ausgerichtet sind. Gesetzliche Regelungen auf der Bundesebene müssen sicherstellen, dass es ein ausreichendes und auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen gibt. Dafür muss sich die Niedersächsische Landesregierung einsetzen

Da bundesweit nur durchschnittlich 23% aller Betriebe ausbilden, ist es zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes unumgänglich, die Anzahl der ausbildenden Betriebe zu erhöhen. Maßnahmen hierzu sind u.a. eine Ausweitung der Verbundausbildung, tarifliche Regelungen zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes und die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe für Betriebe, die ihrer Ausbildungsverantwortung nicht nachkommen.

Jugendliche mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen brauchen differenzierte Förderung. Deshalb sind wir für ein erweitertes und breites Betreuungs- und Ausbildungsangebot mit persönlichem Fördercharakter.

Beschluss der 29. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 04.03.2006

Alle Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen brauchen Perspektiven - Wege in eine gerechtere Gesellschaft

I. Gesellschaftlicher Zusammenhang

In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen des Aufwachsens für eine immer größer werdende Gruppe von Kindern und Jugendlichen infolge konjunktureller, demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen zunehmend verschlechtert.

Kinder und Jugendliche werden aufgrund der demographischen Entwicklung zu einer marginalisierten Bevölkerungsgruppe. Die Anzahl der Menschen, die in einer „kinderfreien Zone“ leben, nimmt stetig zu. Dadurch fehlt es in der Bevölkerung vielfach an elementaren Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen sowie an dem Wissen um spezifische Bedürfnisse und Voraussetzungen für gelingende Sozialisation. In der Folge kommt es in einem Wettstreit der Interessen zu einer verminderten Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen für diejenigen, über deren Zukunftschancen entschieden wird: die Kinder und Jugendlichen.

Der 12. Kinder- und Jugendbericht belegt diese Entwicklungen: „Kinder und Jugendliche wachsen in Deutschland in einer zunehmend alternden Gesellschaft auf: Im Jahr 2030 wird (...) etwa jede dritte Person in Deutschland 60 Jahre alt oder älter und nur noch jede sechste wird unter 20 Jahre alt sein.“ (Siehe 12. Kinder und Jugendbericht, S. 73)

Wird zudem die Armutssituation der Kinder und Jugendlichen betrachtet, „so zeigt sich seit den 1990er Jahren ein konstanter Anstieg. 2003 weisen Kinder in allen Altersgruppen eine überdurchschnittlich hohe Armutsrate auf“ (a.a.O. S. 77). Gleichzeitig konstatiert der 12. Kinder- und Jugendbericht, dass gerade eine Investition in Bildung (sowohl in institutionelle Bildung als auch in den Zugang zu bildungsrelevanten außerinstitutionellen Förderangeboten) einer späteren Armutslage vorbeugt (vgl. a.a.O., S. 79).

Die gerechtere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an den sozio-ökonomischen Ressourcen und die spätere Bewahrung vor Armut sind daher untrennbar miteinander verknüpft. Unterlassene Förderungen für Kinder und Jugendliche in materieller wie auch kultureller, sozialer und gesundheitlicher Hinsicht, verpasste Bildungs- und Lebenschancen, der Verlust eines primären Erfahrungsraums für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen mit Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl sind nur winzige Beispiele für die Kosten einer nicht gerechten Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen.

Alle gesellschaftlichen Akteur-inn-e-n sind aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen in dieser Gesellschaft eine Perspektive haben.

II. Selbstverpflichtung der Mitgliedsverbände des Landesjugendringes

Die Mitgliedsverbände im Landesjugendring Niedersachsen verstehen sich als Anwälte für die Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Daher sehen sie es als ihre Aufgabe an, auf diese Fehlentwicklungen zum Wohle des gesamten Gemeinwesens hinzuweisen und diesen durch das eigene Handeln entgegenzuwirken.

Zu diesem Zwecke verpflichten sich die im Landesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft mit Perspektiven für alle Kinder und Jugendlichen.

Die Jugendverbände wollen

- das Bewusstsein für die Entstehung von sozialen Benachteiligungen als strukturelles Problem wecken.
- alle Altersgruppen für die Frage nach gerechterer Verteilung von Ressourcen zwischen den Generationen sensibilisieren.
- allen Bevölkerungsgruppen die gesellschaftlichen Folgen von unzureichenden Perspektiven für Kinder und Jugendliche bewusst machen.
- im Rahmen ihres je eigenen Selbstverständnisses aktiv zu einer gerechteren Gesellschaft beitragen.

Die Jugendverbände verpflichten sich selbst im Rahmen des Landesjugendringes Niedersachsen im Jahr der Jugend 2006,

- die Frage von Zukunftschancen und bestehenden Benachteiligungen zu einem Schwerpunkt zu erheben.
- einzelne Aspekte von Gerechtigkeit (z. B. Fragen von sozialer Benachteiligung und deren Vererbbarkeit, vermindertem Zugang zu Bildung, Armut, Zugang zum Erwerbsmarkt, Auswirkungen der Globalisierung, Benach-

teiligungen durch wirtschaftliche und steuerliche Regelungen...) auf den Hauptausschuss-Sitzungen zu thematisieren und möglichst aus der Bestandsaufnahme konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

- auf dem Jugendforum zum Jahr der Jugend 2006 vom 5. bis 6. Mai die beschriebenen Problemlagen zwischen Jugendlichen und politisch Verantwortlichen intensiv zu erörtern. Jugendliche sollen dabei ihre Visionen und konkreten Anliegen für eine gerechtere Gesellschaft einbringen.
- die Thematik als Querschnittsaufgabe in der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Projekte im Landesjugendring (z.B. AG Bildung, AG Frauen, AG Jugendringe, AG Bergen-Belsen) inhaltlich weiterzuführen und konkrete Formen der Umsetzung der oben genannten Ziele zu erarbeiten.

III. Forderungen an Politik

Der Niedersächsische Landtag hat im Dezember 2005 für 2006 das Niedersächsische Jahr der Jugend beschlossen; ebenso hat die Landesregierung als Teil der BRD der UN-Kinderrechtskonvention zugestimmt.

In der Folge dieser Beschlüsse sind die politischen Akteur-inn-e-n in Niedersachsen aufgefordert, in ihrem politischen Handeln durch konkrete Schritte dazu beizutragen, dass

- Kinder und Jugendliche einen für ihre körperliche, geistige, seelische, sittliche und soziale Entwicklung angemessenen Lebensstandard und volle soziale Sicherheit haben.
- die sozialen Sicherungselemente finanziell und personell so ausgestattet sind, dass sie eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gewährleisten.
- ein grundsätzliches Bleiberecht für alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen gewährleistet wird (und keine staatlich initiierte Familientrennung durch Abschiebung ihrer Erziehungspersonen stattfindet).
- keine weiteren Kürzungen im Leistungsbereich für Kinder und Jugendliche vorgenommen werden, da diese Armut von Kindern und Jugendlichen fördern.
- Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit mit höchster Priorität initiiert und weiterentwickelt werden.
- Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten gleiche Chancen in Schule, außerschulischer Bildung, Ausbildung, Beruf und Studium haben. Hierzu gehört eine Lernmittelfreiheit für alle Schüler-innen, die Rücknahme der Einführung von Studiengebühren an den niedersächsischen Hochschulen sowie eine angemessene finanzielle Ausstattung der verbandlich wirkenden Bildungsstätten.

- der Zugang zu Bildung (und medizinischer Versorgung) für alle Kinder und Jugendlichen mit prekärem Status sichergestellt wird.
- ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit nachhaltig durch finanzielle Förderung abgesichert wird. Dazu gehört, dass für den Bereich des JFG die Mittel wieder mindestens auf das Niveau von 2003 angehoben werden und die Erstattung von Verdienstausfall für ehrenamtliche Gruppenleiter-innen wieder eingeführt wird.
- das Anrecht von Kindern und Jugendlichen auf angemessene Freizeitaktivitäten und Freizeiterholung umgesetzt wird. Um dieses zu gewährleisten, sind auch finanzielle Mittel für den Bereich Freizeit und Erholung zur Verfügung zu stellen.

Damit verbunden ist die Frage nach der gemeinsamen gesellschaftlichen Zukunft und den Chancen, die Kindern und Jugendlichen darin eingeräumt werden sollen.

(29. VOLLVERSAMMLUNG)

landesjugendring niedersachsen e.v. | Duderstadt | 04.03.2006



Beschluss der 29. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 04.03.2006

Für die Berücksichtigung ehrenamtlichen und bürger- schaftlichen Engagements bei der Einziehung von Studiengebühren

Die 29. Vollversammlung des Landesjugendrings hält fest an dem Beschluss der 28. Vollversammlung, der sich gegen Studiengebühren ausgesprochen hat. Wir fordern die Rücknahme des Beschlusses zur Einführung von Studiengebühren.

Die augenblickliche politische Situation erfordert es jedoch, sich zur Tatsache der Erhebung von Studiengebühren zu verhalten. Daher fordern wir die Berücksichtigung von ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement bei der Erhebung von Studiengebühren.

Beschluss der 29. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 04.03.2006

Tschernobyl mahnt: Atomausstieg vorantreiben - Energiewende einleiten!

Angesichts des 20. Jahrestags der Katastrophe von Tschernobyl bekräftigt der LJR seine Forderung nach einer Beschleunigung des Ausstiegs aus der Atomenergie.

Um den beginnenden Klimawandel effektiv aufzuhalten, ist eine Energiewende notwendig, die eine öffentliche Förderung energiesparender Maßnahmen und regenerativer Energien forciert und gleichzeitig mit dem Ausstieg aus der Atomenergie erfolgen muss.

Der LJR fordert die politischen Entscheidungsträger-innen auf, sich insbesondere im Interesse der Kinder und Jugendlichen sowie der zukünftigen Generationen energisch für die Energiewende einzusetzen, weg von der Nutzung der Atomenergie und fossiler Energieträger hin zu regenerativen Energien und energiesparenden Maßnahmen.

**Grußbotschaft der 29. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.
am 04.03.2006**

Der Landesjugendring Niedersachsen unterstützt die Forderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen und erklärt sich solidarisch mit den Streikenden.